

Bunter Campus

Ausländische Studenten. Deutsche Hochschulen ziehen junge Leute aus dem Ausland geradezu magisch an. Mittlerweile kommt mehr als ein Zehntel der Studenten nicht aus der Bundesrepublik. Allerdings arbeiten nur wenige von ihnen nach dem Abschluss in Deutschland, weil die Zuwanderungshürden bislang recht hoch waren.

Die vielen Vorbehalte, mit denen sich die deutschen Hochschulen vor allem seit der Umstellung auf die neuen Studienabschlüsse Bachelor und Master auseinandersetzen müssen, hegen Studenten aus dem Ausland offensichtlich nicht: Aktuell

sind mehr als 265.000 Frauen und Männer mit ausländischem Pass an den hiesigen Universitäten und Fachhochschulen eingeschrieben (Grafik). Und wenn der Wunsch von Margret Wintermantel, Präsidentin des Deutschen Akademischen Aus-

tauschdiensts (DAAD), in Erfüllung geht, soll es bis 2020 sogar 300.000 ausländische Studenten in Deutschland geben.

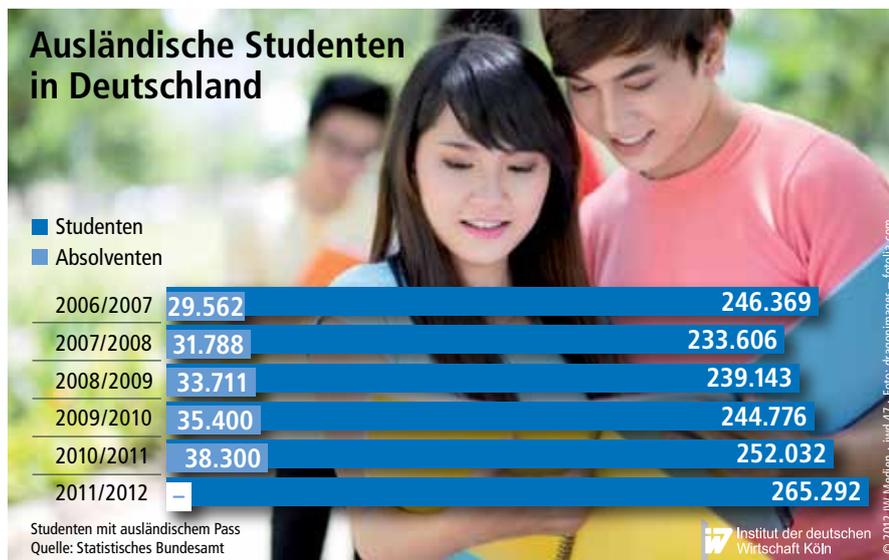
Schon heute behauptet sich die Bundesrepublik im Beliebtheitsranking auf einem guten Platz:

Deutschland ist nach den USA, Großbritannien und Australien mittlerweile das viertgrößte Gastland für internationale Studenten.

Das war nicht immer so. Im Jahr 2001 waren in der Bundesrepublik lediglich 65.000 ausländische Hochschüler immatrikuliert.

Die Schwelle von 250.000 Köpfen überschritten die ausländischen Studenten zum ersten Mal im vergangenen Jahr. Damit haben rund 11 Prozent aller Hochschüler in Deutschland einen internationalen Background. Andere Industrieländer sind da weit weniger beliebt: Im OECD-Durchschnitt lag der Anteil der ausländischen Studenten 2009 lediglich bei 6,5 Prozent.

Selbst wenn man berücksichtigt, dass von den 250.000 ausländischen Studenten rund 65.000 ihre →



Inhalt

IW-Konjunkturumfrage. Die deutsche Wirtschaft schwächt: Wegen der Schuldenkrise hat sich die Stimmung bei vielen Unternehmen gedreht. Seite 3

Afrika. Der Kontinent vereint Gegensätzliches: erschreckende Rückständigkeit, aber auch beachtliche Wachstumspotenziale. Seite 4-5

Arbeit. Das Roman Herzog Institut geht davon aus, dass es 2030 einen großen Bedarf an Ärzten, Pflegeern und Erziehern geben wird. Seite 6

Branchenzuschläge. Zeitarbeiter erhalten nun in einigen Branchen Lohnzuschläge, wenn sie mindestens sechs Wochen im selben Betrieb arbeiten. Seite 7

Aufstiegsfortbildung. Auch beruflich qualifizierte können mittels Fortbildungs- oder Meisterprüfung Karriere machen. Seite 8

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Präsident:
Dr. Eckart John von Freyend
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen in Deutschland

→ Studienberechtigung in Deutschland erworben haben – die Experten sprechen von sogenannten Bildungsinländern –, ist der Zustrom immer noch enorm. Und die meisten internationalen Studenten kommen sogar von ziemlich weit her: Die mit Abstand größte Gruppe – nämlich rund 23.000 – stammt aus China, was unter anderem auf die rund 750 deutsch-chinesischen Hochschulko-

operationen zurückzuführen sein dürfte. Es folgen Russen (10.000), Bulgaren und Polen (jeweils 8.000). Aus Westeuropa kommen vor allem Österreicher, Franzosen und Spanier zum Studium nach Deutschland.

Mehr als 90 Prozent der internationalen Studenten besuchen in Deutschland eine staatliche Hochschule. Besonders beliebt sind die traditionellen Universitäten mit Promotionsrecht sowie die Technischen Universitäten mit ihren ingenieur- und naturwissenschaftlichen Studiengängen. An einer Fachhochschule studiert laut DAAD jeder vierte Bildungsausländer.

Doch was zieht die vielen jungen Leute eigentlich in ein Land, das vor allem feuchte Winter und eine reichlich komplizierte Sprache zu bieten hat? Es sind vor allem karrierebezogene Gründe (Grafik):

Acht von zehn ausländischen Studenten versprechen sich von einem Studium in Deutschland bessere Berufschancen, sieben von zehn wollen einen Hochschulabschluss und/oder spezielle Fachkenntnisse erwerben.

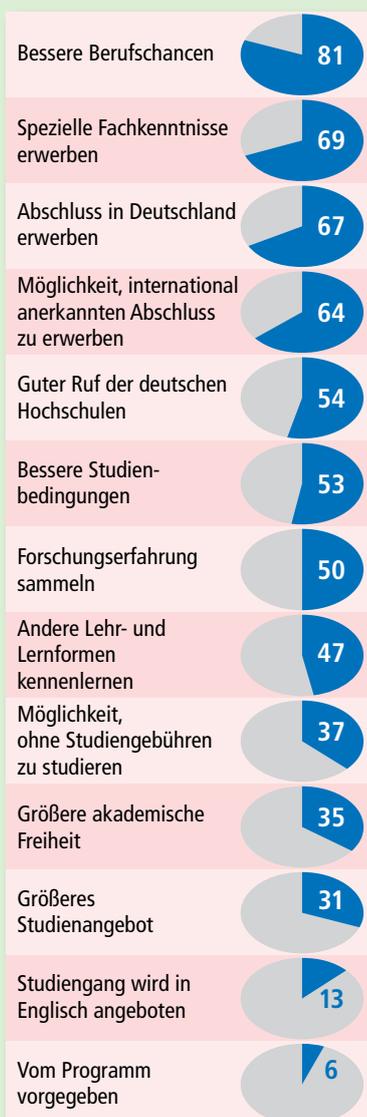
Der gute Ruf der deutschen Unis und die besseren Studienbedingungen sind dagegen nur für jeden zweiten ausländischen Studenten ausschlaggebend. Auch die Möglichkeit des gebührenfreien Studiums spielt eine eher untergeordnete Rolle: Lediglich für 37 Prozent der Studenten mit ausländischem Pass ist dies ein Grund, um hier zu studieren.

Viele Ausländer beenden ihr Studium in Deutschland auch erfolgreich: Im Prüfungsjahr 2011 waren es rund 38.000. Zwei Drittel der Absolventen würden gerne noch eine Zeit lang hierbleiben, um zu arbeiten, bei den Abgängern aus Nicht-EU-Staaten sind es sogar drei Viertel. Doch nur einem Viertel der ausländischen Hochschulabsolventen gelingt dies auch.

Diese niedrige Quote ist vor allem auf bürokratische Hürden zurückzuführen. Doch das dürfte sich mit der „Blauen Karte“ ändern – sie erleichtert es Studenten und Absolventen aus Drittstaaten seit dem 1. Juli 2012, in Deutschland eine Arbeit aufzunehmen.

Was ausländische Studenten nach Deutschland zieht

in Prozent



„Ich würde gerne hierbleiben“

Jean Marc Djanhan, 24 Jahre alt, stammt von der Elfenbeinküste und studiert im fünften Semester Volkswirtschaftslehre an der Universität Köln

Warum studieren Sie in Deutschland?

Meine vier älteren Brüder waren bereits in Deutschland und mein Vater wollte, dass auch ich eine gute Ausbildung bekomme.

Konnten Sie Deutsch, als Sie in die Bundesrepublik kamen?

Kaum. Ich hatte zwar zuvor an der Elfenbeinküste einen zweimonatigen Intensivkurs besucht, tat mich aber zu Beginn des Studiums ziemlich schwer.

Wie beurteilen Sie die Studienbedingungen in Deutschland?

Toll ist, dass das Studium kostenlos ist.

Ich habe Freunde, die in den USA und in Frankreich studieren und hohe Gebühren bezahlen müssen, die beneide ich nicht. Allerdings erhalten ausländische Studenten in Deutschland – anders als etwa in Frankreich – auch keine finanzielle Hilfe vom Staat.

Was kommt nach dem Studium?

Wollen Sie in Deutschland bleiben?

Ich würde gerne ein paar Jahre hierbleiben, um Berufserfahrungen zu sammeln. Danach möchte ich zurück zur Elfenbeinküste, wo ich – hoffentlich – eine Führungsposition in einem Unternehmen übernehmen werde.

Am Rande der Stagnation

IW-Konjunkturumfrage. Die deutsche Wirtschaft schwächelt. Zwar erwarten die Unternehmen für 2013 keine Rezession, aufgrund der nachlassenden weltwirtschaftlichen Dynamik und der schwelenden Schuldenkrise halten sie sich aber mit Investitionen zurück. Auch die Zeiten des Beschäftigungsaufbaus sind erst einmal vorbei.

Dass die deutsche Konjunktur nicht unverwundbar ist, versteht sich eigentlich von selbst – auch wenn die größte Volkswirtschaft Europas in der Schuldenkrise lange Zeit wie eine Insel der Seligen dastand. Jetzt aber zeigen sich deutliche Brems Spuren: Beurteilten im Frühjahr 2012 lediglich 18 Prozent der gewerblichen Unternehmen ihre aktuelle Situation mit „schlechter als im Vorjahr“, so sind es derzeit bereits 30 Prozent.

Auch nach der Herbst-Umfrage unter 2.300 Unternehmen (ohne Handel und staatliche Dienstleister) bleibt das IW Köln bei seiner Prognose vom September: Demnach wird die deutsche Wirtschaft im nächsten Jahr nur noch um $\frac{3}{4}$ Prozent wachsen, also noch etwas schwächer als in diesem Jahr (1 Pro-

zent). Dieses magere Plus lässt sich zudem nur erreichen, wenn die Staatsschuldenkrise nicht noch weiter eskaliert. Die Ergebnisse der IW-Konjunkturumfrage im Einzelnen:

- **Produktion.** Erstmals seit Herbst 2008 ist der Saldo aus positiven und negativen Meldungen im roten Bereich. Während nur 24 Prozent der Unternehmen von einer Zunahme ihrer Produktion ausgehen, rechnen 28 Prozent mit einer Abnahme. Besonders pessimistisch sind die Industrieunternehmen: Hier reichen die negativen Einschätzungen von je rund 30 Prozent bei den Herstellern von Investitionsgütern und denjenigen von Konsumgütern bis zu fast 40 Prozent bei den Produzenten von Vorleistungsgütern.

- **Exporte.** Die Euro-Schuldenkrise ist durch das Einfallstor Außenhandel nun auch in Deutschland angekommen. Zwar gibt es immer noch mehr Unternehmen (21 Prozent), die höhere Exportumsätze erwarten, als solche, die mit sinkenden Ausfuhren rechnen (19 Prozent). Gleichwohl ist das im Vergleich zur Frühjahrsumfrage ein drastischer Absturz – damals rechneten 26 Prozent der Un-

ternehmen mit besseren Ausfuhren und 11 Prozent mit schlechteren.

- **Investitionen.** Lag der Saldo aus positiven und negativen Meldungen im Frühjahr ebenfalls noch deutlich im Plus, so hat sich die Stimmung jetzt komplett gedreht (Grafik):

Fast 28 Prozent der Firmen rechnen für 2013 mit niedrigeren Investitionen als in diesem Jahr; nur knapp 23 Prozent wollen mehr investieren.

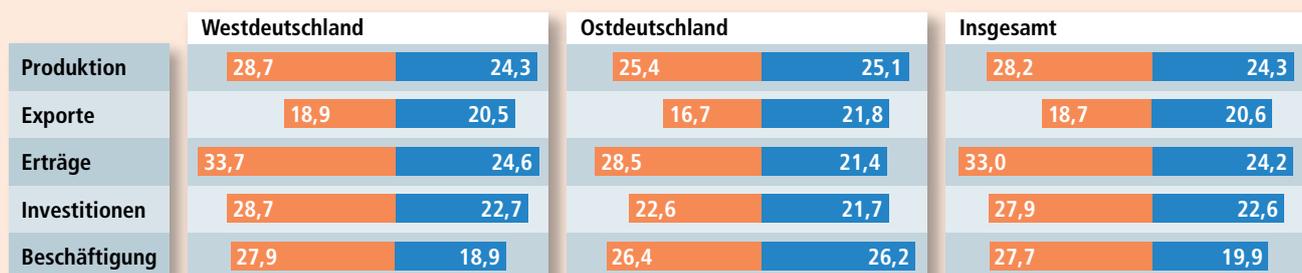
Dieser Umschwung gilt allerdings weniger für Ostdeutschland, wo sich positive und negative Erwartungen noch in etwa die Waage halten, sondern viel mehr für den Westen der Republik.

- **Beschäftigung.** Aufgrund des schwächelnden Auslandsgeschäfts und der damit einhergehenden geringeren Produktion werden die Unternehmen deutlich vorsichtiger. Deutschlandweit gibt es mit fast 28 Prozent spürbar mehr Firmen, die Personal abbauen wollen, als solche, die mit mehr Beschäftigten rechnen (knapp 20 Prozent).

Wie bei den Investitionen gilt der Negativ-Trend vor allem für die westdeutschen Betriebe und insbesondere für die Industrie.

Konjunktur: Auf der Bremse

So viel Prozent der Unternehmen erwarten für das Jahr 2013 eine ■ Abnahme der ... ■ Zunahme der ...



Rest zu 100: gleichbleibend

Quelle: IW-Befragung von 1.859 Unternehmen in Westdeutschland und 447 Unternehmen in Ostdeutschland im Oktober/November 2012

Afrika – Ein Kontinent holt auf

Trotz jahrzehntelanger Entwicklungshilfe ist Afrika die ärmste Region der Welt. Gleichwohl hat der vermeintlich „hoffnungslose Kontinent“ in den vergangenen Jahren eine erstaunliche Wachstumsdynamik entwickelt.

Stehen die afrikanischen Löwen heute da, wo die asiatischen Tiger vor 30 Jahren standen? Damals begann die Erfolgsstory einiger asiatischer Entwicklungsländer, die sich binnen relativ kurzer Zeit zu recht wohlhabenden Industriestaaten

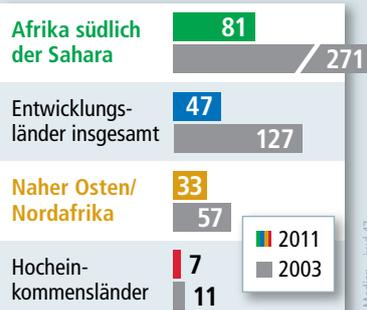
mauserten. Für den ganz großen Sprung scheint den Löwen zwar noch die Kraft zu fehlen, doch sie haben berechnete Hoffnungen:

Das reale Bruttoinlandsprodukt der afrikanischen Staaten südlich der Sahara legte zwischen 2000 und

2011 jahresdurchschnittlich um fast 5 Prozent zu. Auch ehemals leidgeplagte Staaten wie Äthiopien, Ruanda und Mosambik erreichten Wachstumsraten von rund 8 Prozent. Und die positiven Entwicklungen dürften sich fortsetzen: Laut Internationalem Währungsfonds (IWF) wird die Wirtschaft in Subsahara-Afrika bis 2017 jedes Jahr um durchschnittlich fast 6 Prozent wachsen.

Bürokratiekosten

Kosten einer Unternehmensgründung in Prozent eines durchschnittlichen Pro-Kopf-Jahreseinkommens



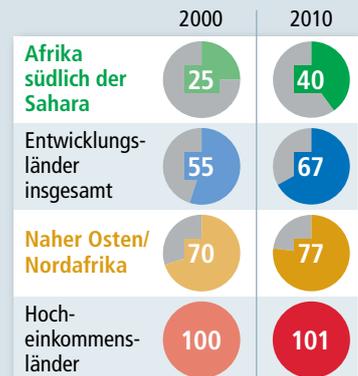
Ursprungsdaten: Weltbank

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Iwd 47

Bildung

Anteil der Schüler an weiterführenden Schulen an allen Kindern/Jugendlichen im entsprechenden Alter in Prozent



Hoheinkommensländer: einschließlich Schüler, die entweder jünger oder älter sind als die Schüler, die normalerweise eine weiterführende Schule besuchen

Ursprungsdaten: Weltbank

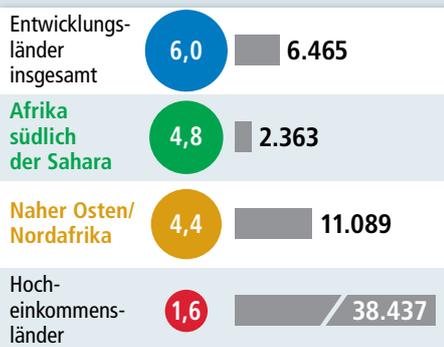
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Iwd 47

Wachstum und Wohlstand

Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahresdurchschnitt 2000 bis 2011 in Prozent

■ kaufkraftbereinigtes BIP je Einwohner im Jahr 2011 in Dollar



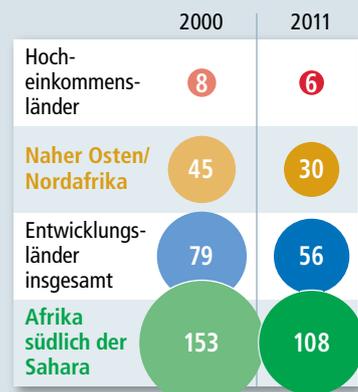
Ursprungsdaten: Weltbank

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Iwd 47

Kindersterblichkeit

Je 1.000 Geburten sterben so viele Kinder, bevor sie das fünfte Lebensjahr erreicht haben



Ursprungsdaten: Weltbank

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Iwd 47

Der afrikanische Kontinent ist widersprüchlich: Auf der einen Seite gibt es eine erschreckende Rückständigkeit, auf der anderen Seite beachtliche Wachstumspotenziale:

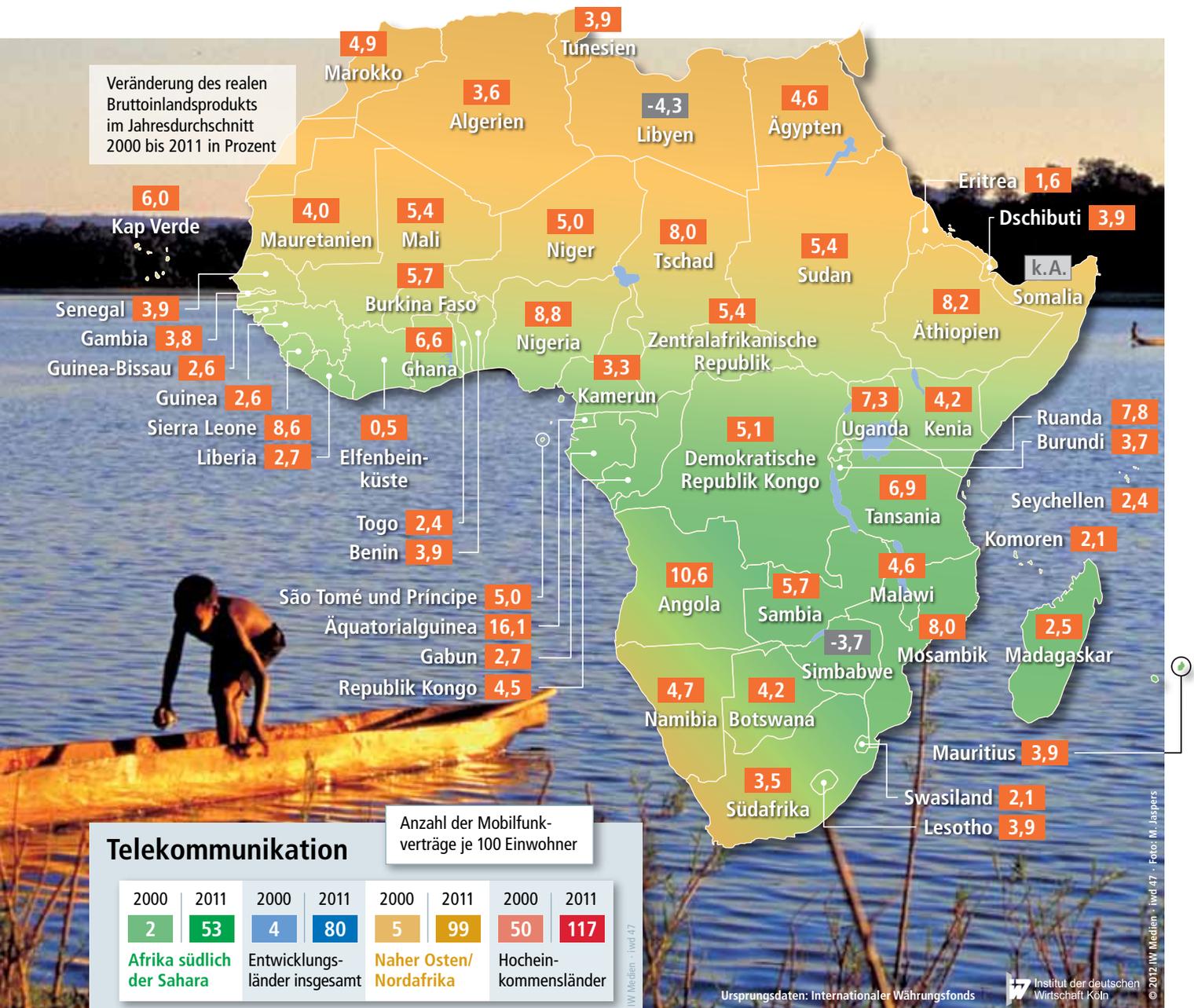
- **Demografie.** Nirgends sonst gibt es so viele junge Leute wie in Afrika: Rund 42 Prozent der Bevölkerung sind jünger als 14 Jahre. Wenn es gelingt, diese Generation einigermaßen auszubilden und in Jobs zu bringen, hat sie das Zeug für ein afrikanisches Wirtschaftswunder.
- **Bildung.** Innerhalb der vergangenen zehn Jahre ist der Anteil der

Schüler in der Sekundarstufe um mehr als die Hälfte gestiegen. Allerdings war die Schulbeteiligung im Jahr 2010 mit knapp 40 Prozent immer noch sehr niedrig.

- **Bürokratiekosten.** Für neue Jobs braucht es Unternehmen, die nicht durch überzogene bürokratische Fesseln eingengt werden. Obwohl die Kosten für eine Firmengründung zuletzt rapide gesunken sind, müssen Gründer fast immer noch ein ganzes Jahreseinkommen dafür aufbringen.
- **Inflation.** Die in den 1990ern chronisch hohen Preissteigerungen von

fast 30 Prozent im Jahresdurchschnitt sind zuletzt auf immerhin gut 9 Prozent gesunken. Der IWF rechnet künftig sogar nur mit einer jährlichen Inflationsrate von 6 Prozent.

- **Infrastruktur.** Südlich der Sahara sind weniger als ein Fünftel der Straßen asphaltiert, nicht einmal 2 Prozent der Menschen haben einen Festnetzanschluss. Gerade deshalb aber hat es auf dem schwarzen Kontinent einen Siegeszug des Mobilfunks gegeben: Rein rechnerisch telefoniert jeder zweite Schwarzafrikaner mit einem Handy.



Gute Perspektiven für Forscher

Arbeit. Wie arbeiten wir morgen? Ist mein Beruf auch in 20 Jahren noch gefragt? Antworten auf diese und andere Fragen gibt eine Publikation des Roman Herzog Instituts (RHI). 

Die Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitskräften wird durch viele Faktoren bestimmt – die Konjunktur, die Ansprüche der Kunden, die nationale wie internationale Konkurrenz. Auch die Höhe der Löhne sowie die Energie-, Material- und Kapitalkosten spielen eine Rolle.

Gleichzeitig führt der Kosten- und Wettbewerbsdruck dazu, dass die Produktionstechniken und Prozesse weiterentwickelt werden. Tests und Qualitätskontrollen werden aufwendiger, neue Diagnosesysteme

helfen dabei, Standards hochzuhalten. Last not least fordert auch die staatliche Bürokratie ihren Tribut.

Diese und weitere Trends werden die Arbeitswelt verändern. Altbekannte Tätigkeiten verschwinden oder verlieren an Bedeutung, neue kommen hinzu. Welche Verschiebungen bis zum Jahr 2030 zu erwarten sind, zeigt eine Studie des Beratungsunternehmens Prognos, die das Roman Herzog Institut (RHI) in einem Sammelband zu seinem zehnjährigen Bestehen herausgegeben hat (Kasten):

- **Mehr Beschäftigung.** Die Alterung der deutschen Bevölkerung bedingt in den kommenden Jahren zusätzliches Personal in der Altenpflege und in den Arztpraxen (Gra-

Roman Herzog Institut

Das RHI – benannt nach dem ehemaligen Bundespräsidenten Roman Herzog – wird von den bayerischen Arbeitgeberverbänden getragen. Als interdisziplinärer Thinktank entwickelt es jenseits der Tagespolitik langfristige Perspektiven für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

fik). Und die Informationsflut in allen Bereichen der Wirtschaft beflügelt die Nachfrage nach Auszubildenden, Lehrern und Beratern.

Um Produktionstechniken zu optimieren, alternative Energiequellen zu erschließen und neue Werkstoffe zu entwickeln, braucht die Wirtschaft künftig mehr Forscher. Die Qualitätssicherung verlangt ebenfalls nach zusätzlichen Köpfen.

- **Weniger Beschäftigung.** Generell bleibt Deutschland auch künftig ein Industrieland:

Etwas mehr als die Hälfte der Beschäftigten verrichtet im Jahr 2030 produktionsnahe Tätigkeiten.

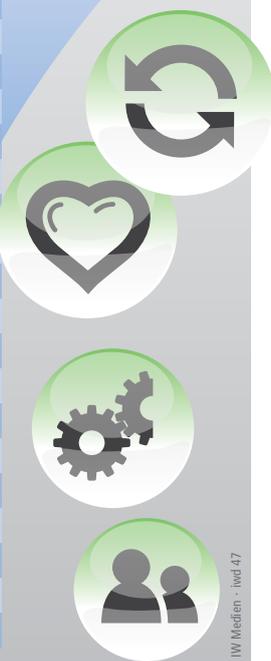
Allerdings ist bei einfachen Tätigkeiten eine rückläufige Nachfrage zu erwarten. Weil die internationale Arbeitsteilung weiter zunimmt, werden Jobs wie das Be- und Verarbeiten oder Maschinen einrichten und überwachen vermehrt ausgelagert. Dieses Schicksal dürften auch Schreib-, Rechen- und Datenverarbeitungsarbeiten teilen.



Von Arbeitgebern nachgefragte Tätigkeiten in 1.000 Personen

Was machen wir 2030?

	2010	2030
Schreib-, Rechen- und Datenverarbeitungsarbeiten	5.673	5.272
Ein-/Verkaufen	4.226	3.784
Gesundheitlich/sozial helfen	3.482	3.691
Fertigen, be-/verarbeiten	3.192	2.449
Erziehen, ausbilden, lehren	2.329	2.434
Maschinen einrichten und überwachen	2.719	2.154
Forschen, entwerfen	1.762	2.104
Fahrzeug führen, packen	2.609	2.064
Reinigen, Abfall beseitigen	2.042	1.953
Bewirten, beherbergen	1.975	1.790
Beraten, informieren	1.659	1.754
Management- und Leitungstätigkeit	1.617	1.677
Reparieren, renovieren	1.381	1.174
Gesetze, Vorschriften, Verordnungen anwenden	1.081	1.111
Messen, prüfen, erproben	954	917
Werben, vermarkten	729	784
Sichern, be-/überwachen	845	733
Künstlerisch/journalistisch tätig sein	452	484
Anbauen, züchten, hegen	730	475
Abbauen, fördern, Rohstoffe gewinnen	60	46



© 2012 IW Medien - iwd 47



Randolf Rodenstock (Hrsg.): **Vertrauen in der Moderne**, Roman Herzog Institut, München. Die Publikation ist beim RHI kostenlos erhältlich und kann unter www.romanherzoginstitut.de bestellt werden.

Zeitarbeit wird teurer

Branchenzuschläge. Schon seit Jahren beklagen die Gewerkschaften, dass Zeitarbeitnehmer schlechtergestellt seien als Festangestellte eines Unternehmens. Jetzt haben die Tarifparteien in verschiedenen Branchen besondere Zuschläge vereinbart.

Alles eine Frage der Perspektive: Die Gewerkschaften kritisieren, Zeitarbeitnehmer seien die Ersten, denen in einer Wirtschaftskrise gekündigt werde und außerdem würden sie noch schlechter bezahlt als ihre regulär beschäftigten Kollegen. Für die Betriebe dagegen ist Zeitarbeit vor allem ein Instrument, mit dem sie Auftragsschwankungen abfedern, wie eine Umfrage der Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult zeigt:

Für gut 84 Prozent der befragten Unternehmen ist die flexible und kurzfristige Anpassung der Kapazitäten einer der Hauptgründe, Zeitarbeit zu nutzen.

Für ein Drittel der Unternehmen spielen auch die – niedrigeren – Kosten für Zeitarbeitnehmer eine Rolle. Umgekehrt heißt dies aber auch: Für etwa zwei Drittel der Unternehmen sind mögliche Einsparungen, die sich beim Einsatz von Zeitarbeitern ergeben, kaum ein Thema.

Dies dürfte es den Arbeitgebern in den jüngsten Tarifrunden etwas leichter gemacht haben, Zeitarbeitnehmer finanziell besserzustellen. Für eine vollständige Gleichbehandlung gibt es allerdings keinen Grund: Stammbesellschaften haben in der Regel mehr betriebspezifisches Wissen als Zeitarbeitnehmer und sind daher produktiver.



Branchenzuschläge à la carte

Foto: MEV

Die Gewerkschaften haben für Zeitarbeiter in verschiedenen Branchen besondere Zuschläge durchgesetzt, die die Entgeltlücke zwischen Stammbesellschaft und Zeitarbeitskräften schließen sollen.

Zuschlag in der jeweils untersten Lohngruppe nach einer Überlassungsdauer von ... in Prozent der Zeitarbeitsvergütung

	... sechs Wochen	... drei Monaten	... fünf Monaten	... sieben Monaten	... neun Monaten
M+E-Industrie	15	20	30	45	50
Chemische Industrie	15	20	30	45	50
Kautschukindustrie	4	7	10	13	16
Kunststoff verarbeitende Industrie	7	10	15	22	25
Schieneverkehr	4	6	8	12	14
Holz- und Kunststoff bearbeitende Industrie	7	10	15	22	31
Textil- und Bekleidungsindustrie	5	10	15	20	25

Quelle: BDA-Tarifarchiv

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012, IW Medien - iw-d-47

Je länger ein Zeitarbeitnehmer allerdings in einem Betrieb bleibt, desto besser ist er eingearbeitet. Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, haben sich Arbeitgeber und Gewerkschaften auf Zuschläge verständigt, die sich nach folgenden Kriterien richten:

Einsatzdauer. In allen Branchen, die bislang Branchenzuschläge für Zeitarbeitnehmer vereinbart haben, gilt: Je länger ein ununterbrochener Einsatz in einem Betrieb dauert, desto höher fällt auch der Zuschlag aus. Das erste Extra ist ab einer Überlassung von sechs Wochen fällig. Es beträgt in der Metall- und Elektro-Industrie 15 Prozent der Zeitarbeitsvergütung (Tabelle) und steigt dann weiter an. Laut IG Metall kommt ein Zeitarbeitnehmer der untersten Entgeltgruppe in der M+E-Industrie somit nach neun Monaten Beschäftigung auf 93 Prozent des Lohns eines fest beschäftigten Kollegen. Während der ersten

sechs Arbeitswochen sind es gerade einmal 62 Prozent.

Qualifikation. In der Chemischen Industrie erhalten die beiden untersten Entgeltgruppen Zuschläge zwischen 15 und 50 Prozent, die Entgeltgruppen 3 bis 5 dagegen nur 10 bis 35 Prozent. Für die oberen Entgeltgruppen gibt es gar keinen Zuschlag. Noch differenziertere Regelungen gelten für die Kautschukindustrie, die Kunststoffverarbeitung sowie den Schienenverkehr.

Branchen. Zwischen den Branchen besteht ein erhebliches Gefälle. Das wird deutlich, wenn man die Zuschläge für die unterste Entgeltgruppe vergleicht. Während in der Chemischen Industrie ebenso wie in der M+E-Industrie 15 bis 50 Prozent anfallen, sind es in der Textilindustrie lediglich 5 bis 25 Prozent und im Schienenverkehr 4 bis 14 Prozent. Mit diesen Differenzierungen tragen die Tarifparteien branchenspezifischen Besonderheiten Rechnung.

Von Meistern und Mastern

Aufstiegsfortbildung. Karriere machen kann man auch im beruflichen Bildungssystem. Die sogenannten Aufstiegsfortbildungen führen zu Abschlüssen, die mit einem Bachelor- oder Master-Titel vergleichbar sind – zumindest ideell.

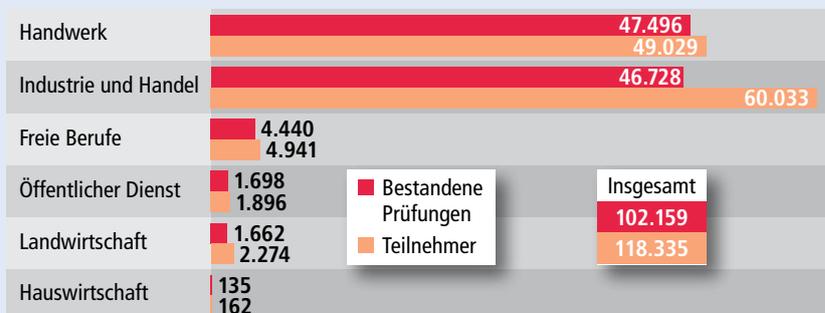
Techniker, Fachwirt oder Meister – das sind einige der Abschlüsse, die durch eine Aufstiegsfortbildung erreicht werden können. Um an solch einer Fortbildung teilzunehmen, braucht der Kandidat eine abgeschlossene duale Berufsausbildung sowie Berufserfahrung.

Im vergangenen Jahr haben rund 118.000 Frauen und Männer diese Chance ergriffen, gut 102.000 haben die Prüfung vor den Wirtschaftskammern auch bestanden. Im Vergleich zu den rund 530.000 Personen, die jedes Jahr eine Berufsausbildung abschließen, ist das Potenzial der Aufstiegsfortbildungen damit aber noch längst nicht ausgeschöpft.

Adressaufkleber

Erfolgreiche Handwerker

Fortbildungs- und Meisterprüfungen der Wirtschaftsorganisationen im Jahr 2011



Wirtschaftsorganisationen: Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer, Landwirtschaftskammer, Zahnärztekammer etc.; Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Iwd 47

Im Jahr 2011 kamen mehr als 90 Prozent aller Teilnehmer an Fortbildungs- und Meisterprüfungen allein aus zwei Bereichen (Grafik):

Die Industrie und der Handel stellten gut 60.000 Teilnehmer, das Handwerk mehr als 49.000.

Bei den Abschlüssen gibt es drei verschiedene Stufen mit unterschiedlichen Qualifikationsniveaus:

- Die erste Stufe bildet unter anderem IT-Spezialisten, Fachberater und Fremdsprachenkorrespondenten aus.
- Die zweite Stufe qualifiziert zum Beispiel zum Versicherungsfachwirt, Bilanzbuchhalter oder Handwerksmeister. Die Fortbildungen befähigen die Teilnehmer für gehobene Fach- und Führungsaufgaben.
- Die dritte Stufe bildet unter anderem zum Geprüften Betriebswirt, zum Geprüften Berufspädagogen

und zum Strategischen IT-Professional aus. Absolventen dieser Stufe arbeiten häufig in der Geschäftsführung von kleinen und mittleren Unternehmen.

Die Aufstiegsfortbildung ist eine echte Alternative zu einem Hochschulstudium. Weil seit Anfang 2012 berufliche und hochschulische Bildung durch den deutschen Qualifizierungsrahmen (DQR) miteinander vergleichbar sind, hat ein Meisterabschluss zumindest ideell den gleichen Wert wie ein Bachelor; ein Abschluss der dritten Stufe ist gleichwertig mit einem Master.

Diese Vergleichbarkeit gilt allerdings nur auf dem Papier, nicht in der Praxis: Denn der DQR hat bislang keine Auswirkungen auf das bestehende System der Zugangsberechtigungen an Hochschulen oder auf die tarifliche Eingruppierung.

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein

Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf, Alexander Weber

Redaktionsassistentin: Angelika Goldenberg

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504

E-Mail: iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich

Bezugspreis: € 8,47/Monat, zzgl. € 3,01 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer

Abo-Service: 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln

Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Januar und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.